

# Sächsisches Amtsblatt

Nr. 31/2021

5. August 2021

## Inhaltsverzeichnis

### Sächsisches Staatsministerium des Innern

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Art und den Umfang der Dienstaufgaben der hauptamtlichen Lehrkräfte an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule Sachsen (VwV Dienstaufgaben der LFS) vom 19. Juli 2021 ..... 1010

### Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über einen Förderaufruf zur Teilnahme am Wettbewerbsverfahren zur RL Validierungsförderung (Programm-Modul) vom 21. Juli 2021 ..... 1013

### Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Vierte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Förderrichtlinie Tierzucht (Förderrichtlinie Tierzucht – RL TZ/2015) vom 20. Juli 2021 ..... 1015

### Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der „Sächsische Semperoper Stiftung“ vom 19. Juli 2021 ..... 1020

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der Stiftung „MONOM“ vom 22. Juli 2021 ..... 1020

### Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Zwickau über die Genehmigung der Dritten Änderung vom 20./22./25. Mai 2021 der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft „Waldenburg“ vom 20. Dezember 2000 vom 14. Juli 2021 ..... 1021

Dritte Änderung vom 20./22./25. Mai 2021 der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft „Waldenburg“ vom 20. Dezember 2000 ..... 1022

# Sächsisches Staatsministerium des Innern

## **Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Art und den Umfang der Dienstaufgaben der hauptamtlichen Lehrkräfte an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule Sachsen (VwV Dienstaufgaben der LFS)**

**Vom 19. Juli 2021**

### **I. Geltungsbereich**

Diese Verwaltungsvorschrift regelt die Lehr- und Unterrichtsverpflichtung der hauptamtlichen Fachlehrer und Ausbilder, im Folgenden Lehrkräfte genannt, an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule Sachsen (LFS). Weiterhin werden Regelungen zu sonstigen Regelstundenverpflichtungen an der LFS getroffen.

### **II. Begriffsbestimmungen**

1. Dienstaufgaben der Lehrkräfte sind die unter Ziffer III. festgelegte Lehr- und Unterrichtsverpflichtung und die nach Ziffer IV. beschriebenen weiteren Aufgaben.
2. Lehr- oder Unterrichtsverpflichtung ist die Verpflichtung der Lehrkräfte, in einem festgesetzten Umfang Lehrveranstaltungen oder Unterricht durchzuführen. Die Regelstundenverpflichtung ist die Anzahl der Lehr- oder Unterrichtsstunden, die eine vollbeschäftigte Lehrkraft im Durchschnitt jährlich zu erbringen hat.
3. Lehrveranstaltung oder Unterricht ist Aus- und Fortbildung an der LFS, die eine Anwesenheit der Lehrkraft erfordert, wie zum Beispiel Unterrichtsvortrag, Übung, Seminar, Gruppenarbeit und praktische Ausbildung.
4. Eine Lehr- oder Unterrichtseinheit (UE) hat die Dauer von 45 Minuten.
5. Leistungsnachweise sind sowohl die in den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen vorgeschriebenen schriftlichen, praktischen und mündlichen Prüfungen als auch sonstige Lern-, Erfolgs- und Leistungskontrollen.
6. Bearbeiterstunde ist die den Prüfungsteilnehmern für die Bearbeitung der schriftlichen Prüfungsaufgaben zur Verfügung stehende Zeitstunde.

### **III. Umfang der Regelstundenverpflichtung**

1. Der Umfang der jährlichen Regelstundenverpflichtung für die beamteten Lehrkräfte ergibt sich aus Nummer 2 Buchstabe e der Anlage zu § 15 der Sächsischen Arbeitszeitverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 198), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 24. April 2021 (SächsGVBl. S. 504) geändert worden ist, und be-

trägt für vollzeitbeschäftigte Fachlehrer 1144 UE und für vollzeitbeschäftigte Ausbilder 1232 UE. Dies gilt auch für die tarifbeschäftigten Lehrkräfte.

2. Der Umfang der Regelstundenverpflichtung soll bei Fachlehrern acht UE am Tag und 30 UE in der Unterrichtswoche, bei Ausbildern acht UE am Tag und 32 UE in der Unterrichtswoche nicht überschreiten.
3. Der Umfang der Regelstundenverpflichtung für Personal, welches nur teilweise für die Lehrtätigkeit vorgesehen ist, wird vom Leiter der LFS entsprechend festgelegt.
4. Wird die Regelstundenverpflichtung innerhalb eines Kalenderjahres über- oder unterschritten, so ist ein Ausgleich innerhalb des folgenden Kalenderjahres vorzunehmen, soweit nach den für die Lehrkraft geltenden tarif- oder beamtenrechtlichen Regelungen kein anderer Ausgleich oder keine andere Abgeltung durchzuführen ist. Bei Unterschreitung der Regelstundenverpflichtung aus Gründen die durch die Lehrkraft nicht zu beeinflussen sind, wird der Saldo nur bis zu 60 UE in das Folgejahr übertragen.
5. Die Erfüllung der Regelstundenverpflichtung ist vorrangig vor allen anderen Dienstaufgaben.

### **IV. Weitere Dienstaufgaben**

1. Die Dienstaufgaben umfassen neben der Lehr- und Unterrichtsverpflichtung insbesondere folgende weiteren Aufgaben:
  - a) Vor- und Nachbereitung der Lehrveranstaltungen sowie Erstellung und Aktualisierung von dazugehörigen Lehr- und Lernmitteln,
  - b) Teilnahme an fachlichen Exkursionen,
  - c) ausbildungsbegleitende fachliche Beratung von Laufbahnanwärtern und Lehrgangsteilnehmern,
  - d) Mitwirkung an der Entwicklung und Fortschreibung von Lehrprogrammen und Ausbildungsplänen sowie neuer Lehr- und Lernformen, wie zum Beispiel E-Learning-Angebote,
  - e) fachliche Betreuung und Anleitung der Ausbilder der Feuerwehr,
  - f) Einsatz als Lehrgangsleiter/-betreuer,
  - g) Erstellung, Begutachtung, Durchführung und Bewertung von Leistungsnachweisen, Teilnahme an Sitzungen von Prüfungsausschüssen, Prüfungsaufsicht,

- h) Mitwirkung bei Verwaltungsaufgaben, Teilnahme an Sitzungen der Gremien und Ausschüsse sowie sonstiger dienstlicher Veranstaltungen und Maßnahmen,
  - i) Erledigung von durch den Leiter der LFS oder den Fachbereichsleiter übertragenen Verwaltungsaufgaben, die unmittelbar im Zusammenhang mit der Lehrtätigkeit anfallen, und Sonderaufgaben (zum Beispiel herausgehobene Aufgaben und Projekte),
  - j) Teilnahme am Einsatzdienst sowie an den damit im Zusammenhang stehenden Übungen entsprechend der Verpflichtungserklärung,
2. Die Regelung der weiteren Dienstaufgaben obliegt der LFS in eigener Verantwortung. Die Lehrkräfte sind rechtzeitig über Art und Umfang zu informieren.
  3. Bezogen auf die Höhe der Regelstundenverpflichtung erfolgt keine Anrechnung oder Ermäßigung mit Ausnahme der unter Ziffer V und VI aufgeführten Anrechnungs- und Ermäßigungstatbestände.
  4. Die Wahrnehmung der Lehr- und Unterrichtsverpflichtung sowie weiterer Dienstaufgaben nach Nummer 1 in anderen Fachbereichen sind dem Hauptamt zuzurechnen.

## V.

**Anrechnungstatbestände und Anrechnungsumfang**

1. Lehr- und Unterrichtsveranstaltungen werden auf die Regelstundenverpflichtung mit dem Faktor 1,0 angerechnet.
  2. Planübungen werden auf die Regelstundenverpflichtung mit dem Faktor 1,0 pro Übungsgruppe an einer Planübungsplatte oder an virtuellen Übungsszenarien angerechnet.
  3. Exkursionen werden mit dem Zeitaufwand in UE nach Unterrichtsplan mit dem Faktor 1,0 höchstens jedoch mit 5,2 UE Fachlehrer/5,6 UE Ausbilder pro Tag angerechnet.
  4. Mit dem Faktor 2,0 werden Lehrveranstaltungs- und Unterrichtsstunden, die neu ins Lehrprogramm aufgenommen wurden, angerechnet.
  5. Im Übrigen wird auf UE im nachfolgend angegebenen Umfang angerechnet:
 

<ul style="list-style-type: none"> <li>a) Neukonzeption von Prüfungen der Laufbahnausbildung</li> <li>b) Erstellung sonstiger Lern-, Erfolgs- und Leistungskontrollen</li> <li>c) Fachliche Beurteilung von Prüfungsaufgaben der Laufbahnausbildung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>je Bearbeiterstunde (60 min) 2 UE</li> <li>je Bearbeiterstunde (60 min) 1 UE</li> <li>je Bearbeiterstunde (60 min) 0,65 UE Fachlehrer/0,7 UE Ausbilder</li> </ul>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------
  - d) Bewertung von Prüfungen der Laufbahnausbildung sowie sonstiger Lern-, Erfolgs- und Leistungskontrollen
  - e) Abnahme von mündlichen und praktischen Prüfungen
  - f) Betreuung und Bewertung einer Ausbildungsabschnittsarbeit
  - g) Ausbildungsbegleitende fachliche Beratung von Laufbahnanwärtern und Lehrgangsteilnehmern
  - h) Aufstellung und Fortschreibung von Lehrprogrammen und Ausbildungsplänen sowie Entwicklung neuer Lehrkonzepte
  - i) Fachliche Betreuung und Anleitung der Kreisausbilder
  - j) Einsatz als Lehrgangsleiter/-betreuer
  - k) Übernahme von Verwaltungsaufgaben, die über das übliche Maß hinausgehen
  - l) Übernahme von sonstigen genehmigten herausgehobenen Aufgaben und Projekten
  - m) angeordnete Hospitationen zur Einarbeitung in Lehrgangsthemen
- |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>je Bearbeiterstunde (60 min) und Anzahl vorzunehmender Bewertungen 0,14 UE Fachlehrer/0,16 UE Ausbilder</li> <li>(je Zeitstunde) Zeitaufwand in UE nach Unterrichtsplan</li> <li>(je Zeitstunde) 0,65 UE Fachlehrer/0,7 UE Ausbilder</li> <li>(je Zeitstunde) 0,65 UE Fachlehrer/0,7 UE Ausbilder</li> <li>(je Zeitstunde) 0,65 UE Fachlehrer/0,7 UE Ausbilder soweit als Projekt oder herausgehobene Aufgabe genehmigt</li> <li>(je Zeitstunde) 0,65 UE Fachlehrer/0,7 UE Ausbilder</li> <li>(je 5 Lehrgangstage) 1 UE für Lehrgang</li> <li>(je Zeitstunde) 0,65 UE Fachlehrer/0,7 UE Ausbilder soweit als Projekt oder herausgehobene Aufgabe genehmigt</li> <li>(je Zeitstunde) 0,65 UE Fachlehrer/0,7 UE Ausbilder</li> <li>0,65 UE Fachlehrer/0,7 UE Ausbilder je UE gemäß Unterrichtsplan.</li> </ul> |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
- Auf Ziffer VI Nummer 6 Satz 3 wird verwiesen.
6. Reisezeiten zu einem externen Ausbildungs- oder Prüfungsort werden je Zeitstunde im Faktor 0,65 UE Fachlehrer/0,7 UE Ausbilder angerechnet. In der Summe dürfen täglich maximal 9,3 UE für Fachlehrer und 9,4 UE für Ausbilder angerechnet werden. Zuzüglich werden für die Durchführung dezentraler Ausbildung zwei zusätzliche UE pro dezentralem Lehrgangstag angerechnet.
  7. Zusätzliche Tätigkeiten, wie Gerätewartung in den Werkstätten zum Erhalt der Fach- oder Sachkunde oder als Pflichtaufgaben zur Ausübung einer Funktion (zum Beispiel Strahlenschutzbeauftragter, Chemikalienbeauftragter) werden mit dem Zeitaufwand in UE angerechnet.

## VI. Ermäßigungstatbestände

1. Lehrkräften ohne hinreichende Lehr- oder Ausbildungserfahrung kann der Leiter der LFS im ersten Jahr ihrer Tätigkeit eine Ermäßigung der Regelstundenverpflichtung von bis zu 27 Prozent im Rahmen eines Projektes gewähren.
2. Die Regelstundenverpflichtung von schwerbehinderten und schwerbehinderten Menschen gleichgestellten Lehrkräften nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 5 des Gesetzes vom 16. Juni 2021 (BGBl. I S. 1810) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, kann der Leiter der LFS auf Antrag bis zu 35 Prozent ermäßigen.
3. Aufgrund altersbedingter Einschränkungen kann die Regelstundenverpflichtung für Lehrkräfte ab Vollendung des 55. Lebensjahres um 1 UE/Woche und ab Vollendung des 60. Lebensjahres um 2 UE/Woche auf Antrag durch den Leiter der LFS ermäßigt werden. Als Nachweis der altersbedingten Einschränkungen ist ein ärztliches Attest vorzulegen.
4. Bei Erkrankungen ermäßigt sich die Regelstundenverpflichtung pro Krankheitstag um 5,2 UE bei Fachlehrern und um 5,6 UE bei Ausbildern. Dies gilt nicht für Zeiten, während derer an der LFS keine Lehrveranstaltungen stattfinden (Schließzeiten). Eine Unter- oder Überschreitung der jährlichen Regelstundenverpflichtung auf Grund von Krankheitstagen entsteht nicht.
5. Für die eigene Fortbildung der Lehrkräfte ermäßigt sich die Regelstundenverpflichtung pro Tag der Fortbildung um 5,2 UE bei Fachlehrern und um 5,6 UE bei Ausbildern. Jährlich werden höchstens zehn Tage Fortbildung neben der jährlichen Fortbildungswoche in der Schließzeit der LFS zugrunde gelegt. Die Fortbildungszeiten können einmalig ins nächste Jahr übertragen werden.
6. Längerfristige Qualifizierungsmaßnahmen, die auf Veranlassung der Dienststelle erfolgen, sind von den Beschränkungen nach Nummer 4 ausgenommen.
7. Über alle weiteren Ermäßigungen insbesondere bei herausgehobenen Aufgaben und Projekten entscheidet der Leiter der LFS und berichtet dem Staatsministerium des Innern. Die Abgrenzung zwischen herausgehobenen Aufgaben und Projekten nimmt der Leiter der LFS nach Anhörung des Örtlichen Personalrates im Rahmen einer Dienstanweisung vor, die der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern bedarf. Die Summe der Anrechnungen und Ermäßigungen aus Projekten, mit Ausnahme von Nummer 1, und herausgehobenen Aufgaben darf maximal 15 Prozent der jährlichen Regelstundenverpflichtung betragen.

8. Zu gewährende Freistellungen aufgrund gesetzlicher Regelungen bleiben unberührt.

## VII. Präsenzpflicht/Erholungsurlaub

1. Soweit Dienstaufgaben nicht zu bestimmten Zeiten wahrzunehmen sind, sind die Lehrkräfte in der Erfüllung ihrer Aufgaben zeitlich und örtlich nicht gebunden, soweit ihre Erreichbarkeit gewährleistet ist. Das Nähere regelt eine Dienstanweisung des Leiters der LFS.
2. Der Leiter der LFS legt die für den Dienstbetrieb erforderlichen Anwesenheitszeiten fest. Der Leiter der LFS oder der Abteilungsleiter Ausbildung ordnet die Anwesenheit einzelner Lehrkräfte an, wenn dienstliche Gründe dies erfordern.
3. Für die beamteten Lehrkräfte ist der Erholungsurlaub mindestens zu 2/3 in der lehrveranstaltungsfreien Zeit abzuleisten. Die tarifbeschäftigten Lehrkräfte sollen den Erholungsurlaub mindestens zu 2/3 in der lehrveranstaltungsfreien Zeit in Anspruch nehmen. Im Übrigen findet die für die Beamten und nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) vom 12. Oktober 2006, in der jeweils geltenden Fassung, für die Tarifbeschäftigten geltenden urlaubsrechtlichen Regelungen Anwendung. Anträge auf Erholungsurlaub genehmigen die Abteilungsleiter oder der Leiter der LFS.

## VIII. Aufgabenübertragung und Jahresbericht der Schulleitung der LFS

1. Der Leiter der LFS gewährleistet die Erfüllung der Dienstaufgaben. Er kann einzelne Aufgaben dieser Verwaltungsvorschrift auf den Abteilungsleiter Ausbildung übertragen.
2. Nach Ablauf jedes Kalenderjahres berichtet der Leiter der LFS dem Staatsministerium des Innern, wie die Dienstaufgaben erfüllt worden sind. Dies beinhaltet auch den Bericht gemäß Ziffer VI Nummer 6.

## IX. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

1. Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Oktober 2021 in Kraft.
2. Gleichzeitig tritt die VwV Dienstaufgaben der LFS vom 3. Januar 2011 (unveröffentlicht), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 27. November 2019 (SächsABl. SDR. S. S 339), außer Kraft.

Dresden, den 19. Juli 2021

Der Staatsminister des Innern  
Prof. Dr. Roland Wöller

# **Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

## **Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über einen Förderaufruf zur Teilnahme am Wettbewerbsverfahren zur RL Validierungsförderung (Programm-Modul)**

**Vom 21. Juli 2021**

Der Freistaat Sachsen beabsichtigt mit diesem Aufruf, Projekte gemäß Ziffer II Nummer 1 Buchstabe a (Programm-Modul) der RL Validierungsförderung vom 10. August 2020 (SächsABl. 2020 S. 991) auszuwählen und zu fördern. Diese Projekte betreffen die Etablierung, Umsetzung und Verbesserung von Prozessen zur systematischen Auswahl der für eine wirtschaftliche Verwertung vielversprechendsten Forschungsergebnisse und deren Validierung im Rahmen eines von der antragstellenden Wissenschaftseinrichtung eigenverantwortlich zu verwaltenden Budgets.

Die Validierung von Forschungsergebnissen hat zum Ziel, deren Innovationspotenzial zu prüfen, nachzuweisen und zu bewerten sowie mögliche Anwendungen zu erschließen. Eine erfolgreiche Validierung von Forschungsergebnissen erbringt den Nachweis über die Funktionsfähigkeit und die technische sowie wirtschaftliche Umsetzbarkeit dieser Ergebnisse.

Soweit in diesem Förderaufruf nichts Anderes ausgeführt wird, gelten die Bestimmungen der RL Validierungsförderung.

### **I. Wer wird gefördert?**

Zuwendungsempfänger können Universitäten und Fachhochschulen – Hochschulen für angewandte Wissenschaften – gemäß § 1 des Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes sein.

Zugelassen sind auch Projekte, die gemeinsam von in Satz 1 genannten Einrichtungen betrieben werden.

### **II. Was wird gefördert?**

Gefördert werden Projekte zur Etablierung, Umsetzung und Verbesserung von Prozessen zur systematischen Auswahl der für eine wirtschaftliche Verwertung vielversprechendsten Forschungsergebnisse und deren Validierung im Rahmen eines von der antragstellenden Wissenschaftseinrichtung eigenverantwortlich zu verwaltenden Budgets mit einem Vorhabenszeitraum von bis zu 48 Monaten.

Das Budget sollte einen Umfang von 500 000 Euro bezogen auf ein Jahr, das heißt von insgesamt 2 000 000 Euro, nicht überschreiten.

Fördervoraussetzung ist ein umfassendes Konzept zur Etablierung und Umsetzung der oben genannten Prozesse gemäß Ziffer IV. Nummer 2 der RL Validierungsförderung.

Das Programmkonzept soll für die gesamte Wissenschaftseinrichtung gelten. Entsprechend ist für diesen Aufruf nur ein Antrag pro Wissenschaftseinrichtung zulässig.

Die förderfähigen Ausgaben/Kosten für die auf ein Forschungsergebnis bezogenen Validierungsaktivitäten sind auf 100 000 Euro begrenzt.

Förderfähig sind auch Personalausgaben/Personalkosten für das Programmmanagement in Höhe von bis zu zehn Prozent des Programmbudgets des Zuwendungsempfängers.

Eine Teilnahme am Programm-Modul schließt eine Förderung von Validierungsprojekten mit einem Umfang von über 100 000 Euro förderfähiger Ausgaben/Kosten im Rahmen einer Beteiligung an künftigen Aufrufen zur Validierungsförderung im Einzelprojekt-Modul nicht aus.

### **III. Wie wird gefördert?**

Der Freistaat Sachsen gewährt die Zuwendung im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses. Für diesen Aufruf kalkuliert das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr mit einem Fördermittelbudget von insgesamt 4 000 000 Euro.

Der Förderung beträgt 90 Prozent der förderfähigen Ausgaben für die Validierung der Forschungsergebnisse und das Programm-Management („Budget“).

### **IV. Ablauf**

Vor Antragstellung und Bewilligung der Zuwendung ist ein Wettbewerbsverfahren zu durchlaufen. Ein Anspruch auf Förderung entsteht daraus nicht.

Grundlage für die Förderentscheidung im Wettbewerbsverfahren sind die von den Interessenten einzureichenden Projektskizzen, deren wesentlicher Teil das Programmkonzept gemäß Ziffer IV. Nummer 2 der RL Validierungsförderung ist.

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – ist Bewilligungsstelle sowie Ansprechpartner für die Beratung und Antragstellung.

Projektskizzen sind in elektronischer Form einzureichen bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB), Abteilung Wirtschaft, Pirnaische Straße 9, 01069 Dresden (E-Mail-Adresse: [wirtschaft@sab.sachsen.de](mailto:wirtschaft@sab.sachsen.de)). Für die Projektskizzen ist das auf den Internetseiten der SAB bereitgestellte Formular zu verwenden. Die vorgegebene Struktur für das Programmkonzept ist zwingend einzuhalten.

Die Frist zur Einreichung der Projektskizzen beginnt mit Bekanntmachung dieses Aufrufs am 5. August 2021 und endet am 14. Oktober 2021. Es zählt das Datum des Eingangs der Unterlagen bei der Sächsischen Aufbaubank.

Die eingereichten Projektskizzen stehen untereinander im Wettbewerb. Über die Projektskizzen entscheidet im November 2021 ein Gremium unter Beteiligung von Vertretern des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus und der Sächsischen Aufbaubank. Das Auswahlresultat wird den Interessenten schriftlich mitgeteilt. Im Falle einer positiven Entscheidung erfolgt die Aufforderung zur Vorlage eines förmlichen Förderantrags, der die Projektskizze ergänzt.

Mit den Projekten soll Anfang Dezember 2021 begonnen werden.

Die Förderung eines Anschlussprojekts mit einer Laufzeit von bis zu 36 Monaten ist gegebenenfalls im Rahmen einer späteren Ausschreibung möglich, wenn die Ergebnisse des Verwendungsnachweises eine erneute Förderung rechtfertigen.

## **V. Bewertung**

Die eingegangenen Projektskizzen werden nach den folgenden Kriterien bewertet:

- Schlüssigkeit des Programmkonzepts,
- Erfolgsaussichten für Verwertung/Verwertungspotenzial/Wertschöpfungspotenzial für Sachsen,
- Kompetenzen des Programmmanagements,
- Einbindung betriebswirtschaftlicher Expertise,
- Beitrag des Vorhabens zur Verbesserung von ökologischer Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Klimaanpassung, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft,
- Angemessenheit der geplanten finanziellen Aufwendungen,
- Planungen zur Fortführung des Validierungsprogramms nach Beendigung der Förderphase.

Dresden, den 21. Juli 2021

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Heike Hempel  
Referatsleiterin  
Referat 37 Technologie

# **Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft**

## **Vierte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Förderrichtlinie Tierzucht (Förderrichtlinie Tierzucht – RL TZ/2015)**

**Vom 20. Juli 2021**

### **I.**

#### **Änderung der Förderrichtlinie Absatzförderung**

Die Förderrichtlinie Tierzucht vom 30. Juni 2015 (SächsABl. Sdr. S. S 331), die zuletzt durch die Richtlinie vom 13. Dezember 2019 (SächsABl. Sdr. 2020 S. S 70) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. Sdr. S. S 414), wird wie folgt geändert:

1. Der Titel der Richtlinie wird wie folgt geändert:  
„Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Förderung der Tierzucht (Förderrichtlinie Tierzucht – FRL TZ/2015)“.
2. Nach dem Titel wird die Einleitung neu vorangestellt:  
„Durch die Förderung soll vorrangig die Zucht der nach Tierzuchtgesetz geregelten Tiere hinsichtlich der Leistungsfähigkeit, der Tiergesundheit sowie Robustheit erhalten und verbessert werden.  
Zudem sollen das Fortbestehen und die Weiterentwicklung der Rassekaninchen- und Rassegeflügelzucht unterstützt werden mit dem Ziel, vom Aussterben bedrohte Kaninchen- und Geflügelrassen zu erhalten.“.
3. Vor Nummer 1 wird folgende Überschrift neu eingefügt:

#### **„Teil I Förderung der Zucht von Pferden, Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen“**

4. Nummer 1.1 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:  
„Durch die Unterstützung tierzüchterischer Maßnahmen sollen die Wettbewerbsfähigkeit der tierischen Erzeugung sowie die genetische Qualität des Tierbestandes verbessert werden mit dem Ziel, die genetische Vielfalt und das Kulturerbe der einheimischen Rassen zu erhalten.“.
  - b) Absatz 2 Buchstabe e wird wie folgt neu gefasst:  
„in geeigneten Fällen, die Verlängerung der Nutzungsdauer der landwirtschaftlichen Nutztiere.“.
  - c) Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:  
„Die Maßnahme der Verbesserung von Gesundheit und Robustheit landwirtschaftlicher Nutztiere ist zunächst bis zum 31. Dezember 2021 befristet.“.
5. Nummer 1.2 wird wie folgt geändert:
  - a) In Buchstabe a wird die Angabe „14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782)“ durch die Angabe „21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578)“ ersetzt.

- b) Buchstabe b wird wie folgt geändert:
    - aa) Die Angabe „23. Oktober 2019 (SächsABl. S. 1590)“ wird durch die Angabe „16. April 2021 (SächsABl. S. 434)“ ersetzt.
    - bb) Die Angabe „8. Dezember 2017 (SächsABl. Sdr. S. S378)“ durch die Angabe „9. Dezember 2019 (SächsABl. Sdr. S. S 352)“ ersetzt.
  - c) Buchstabe d wird wie folgt neu gefasst:  
„des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) geändert worden ist, in Verbindung mit dem Verwaltungs-verfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 25 des Gesetzes vom 21. Juni 2019 (BGBl. I S. 846) geändert worden ist.“
6. Nummer 1.3 wird wie folgt geändert:
    - a) Satz 1 wird wie folgt geändert:
      - aa) Das Wort „Förderung“ wird durch das Wort „Zuwendung“ ersetzt.
      - bb) Nach der Angabe „(ABl. L 193 vom 1.7.2014, S. 1)“ wird die Angabe „die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/2008 der Kommission vom 8. Dezember 2020 (ABl. L 414 vom 9.12.2020, S. 15) geändert worden ist“ eingefügt.
      - cc) Nach der Angabe „(ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1)“, wird die Angabe „die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 3) geändert worden ist,“ eingefügt.
    - b) In Absatz 3 wird das Wort „Beihilfeempfänger“ durch das Wort „Beihilfeempfangenden“ ersetzt.
    - c) In Absatz 4 werden die Wörter „der Beihilfeempfänger“ durch die Wörter „die Beihilfeempfangenden“ und das Wort „hat“ durch das Wort „haben“ ersetzt.
    - d) In Absatz 5 wird nach der Angabe „(ABl. C 204 vom 1.7.2014, S. 1)“ die Angabe „in der konsolidierten Fassung vom 9. November 2018 (ABl. C 403 vom 9.11.2018, S. 10)“ eingefügt.

7. Nummer 2 wird wie folgt geändert:
  - a) In Buchstabe a wird das Wort „Zuchtvereinigungen“ durch das Wort „Zuchtorganisationen“ ersetzt.
  - b) In Buchstabe d wird das Wort „Kosten“ durch das Wort „Ausgaben“ ersetzt.
8. In Nummer 3, Überschrift wird das Wort „Zuwendungsempfänger“ durch das Wort „Begünstigte“ ersetzt.

9. Nummer 3.1 wird wie folgt geändert:
- In Satz 1 wird das Wort „Zuwendungsempfänger“ durch das Wort „Begünstigte“ ersetzt.
  - In Buchstaben a, b und d wird das Wort „Zuchtvereinigungen“ durch das Wort „Zuchtorganisationen“ ersetzt.
  - In Buchstabe c werden vor den Wörtern „landwirtschaftliche Unternehmen“ die Wörter „in der Tierzucht tätige“ eingefügt.
  - In Satz 3 wird das Wort „Betrieben“ durch das Wort „Unternehmen“ ersetzt.
10. Nummer 3.2, Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:
- „Bei Maßnahmen nach Nummer 2 Buchstabe e geben die unter Nummer 3.1 Buchstabe a genannten Begünstigten (Erstbegünstigten) die bewilligten Zuwendungen in privatrechtlicher Form an Unternehmen der Landwirtschaft im Sinne von § 1 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1890, 1891), das zuletzt durch Artikel 9d des Gesetzes vom 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3334) geändert worden ist, deren Zusammenschlüsse sowie an andere Tierhalter, unbeschadet der gewählten Rechtsform (Endbegünstigte), weiter.“
11. Nummer 4.6 wird wie folgt geändert:
- In Satz 1 wird das Wort „Endempfänger“ durch das Wort „Endbegünstigten“ und die Angabe „Anlage 2“ durch die Angabe „dem Verzeichnis im Förderportal des Freistaates Sachsen ([www.lsnq.de/TZ](http://www.lsnq.de/TZ))“ ersetzt.
  - In Buchstabe c wird das Wort „Züchtervereinigung“ durch das Wort „Zuchtorganisation“ ersetzt.
  - In Buchstabe e werden die Wörter „sich bereit erklären,“ gestrichen und das Wort „teilzunehmen“ durch das Wort „teilnehmen“ ersetzt.
12. Nummer 5.2 wird wie folgt geändert:
- In Satz 1 werden die Wörter „Der Zuschuss“ durch die Wörter „Die Zuwendung“ ersetzt.
  - In Satz 2 werden nach dem Wort „Einheitskosten“ die Worte „nach Satz 1“ eingefügt.
  - In Satz 3 werden die Wörter „Der Zuschuss“ durch die Wörter „Die Zuwendung“ ersetzt und nach der Angabe „80 000 Euro“ die Angabe „je Zuchtorganisation“ eingefügt.
  - In Satz 4 wird das Wort „Aufwendungen“ durch das Wort „Ausgaben“ ersetzt.
13. Nummer 5.3 wird wie folgt geändert:
- In Satz 1 werden die Wörter „Der Zuschuss“ durch die Wörter „Die Zuwendung“ ersetzt.
  - In Satz 2 werden nach dem Wort „Einheitskosten“ die Worte „nach Satz 1“ eingefügt.
  - In Satz 3 wird das Wort „Aufwendungen“ durch das Wort „Ausgaben“ ersetzt.
14. Nummer 5.4 wird wie folgt geändert:
- In Satz 1 werden die Wörter „Der Zuschuss“ durch die Wörter „Die Zuwendung“ ersetzt und nach der Angabe „50 000 Euro“ die Angabe „je Veranstaltung“ eingefügt.
  - Das Wort „Aufwendungen“ wird durch das Wort „Ausgaben“ ersetzt.
15. Nummer 5.5 wird wie folgt geändert:
- Sätze 1 und 2 werden wie folgt neu gefasst:  
„Die Zuwendungen werden in Form von Zuschüssen bis zu 60 Prozent der förderfähigen Ausgaben gewährt. Der Zuschuss muss als subventionierte Dienstleistung den Tierhaltern zu Gute kommen.

Die Höhe der Zuwendung ist auf folgende Höchstbeträge begrenzt:“
- In Absatz 1 wird die Angabe „6,35 Euro je kontrollierte Sau und Jahr“ durch die Angabe „6,35 Euro je kontrollierte Sau/Jahr“ ersetzt.
16. Nummer 5.6 wird wie folgt geändert:
- In Absatz 1 werden die Wörter „Der jährliche Zuschuss“ durch in Wörter „Die jährliche Zuwendung“ ersetzt.
  - In Absatz 3 werden nach den Wörtern „Staatsministerium für“ die Wörter „Energie, Klimaschutz,“ eingefügt und die Angabe „SMUL <https://www.smul.sachsen.de/foerderung/374.htm>“ durch die Angabe „Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft <https://www.lsnq.de/TZ>“ ersetzt.
  - In Absatz 4 werden die Wörter „vom Zuwendungsempfänger“ durch die Wörter „von den Begünstigten“ ersetzt.
17. Nummer 5.7 wird wie folgt neu gefasst:
- „Anträge nach Teil I dieser Richtlinie werden nur bewilligt, sofern die Zuwendung mindestens 5 000 Euro beträgt. Abweichend hiervon können Maßnahmen nach Nummer 2 Buchstabe e ohne Mindestbetrag gewährt werden.“
18. Nummer. 6.1 wird wie folgt neu gefasst:
- „Für die Weitergabe von Fördermitteln durch die Begünstigten (Erstbegünstigten) in privatrechtlicher Form sind insbesondere die Regelungen zur Weitergabe von Zuwendungen nach Nummer 12 der Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung zu beachten.“
19. Nummer. 6.2 wird wie folgt geändert:
- Die Wörter „des Zuwendungsempfängers“ werden durch die Wörter „der Begünstigten“ ersetzt.
  - Satz 3 wird wie folgt geändert:  
Anträge sind bis zum 31. Oktober eines Jahres für das darauffolgende Jahr einzureichen.
20. Nummer 6.3 wird wie folgt geändert:
- In Absatz 1 neu werden die Wörter „der Zuwendungsempfänger“ durch die Wörter „die Begünstigten“ und das Wort „hat“ durch das Wort „haben“ ersetzt.
  - Es wird folgender Absatz 2 angefügt:  
„Die Vorgaben von Nummer 1.4 ANBest-P sind zu beachten.“
21. Nummer 6.4 wird wie folgt geändert:
- Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:  
„Im Bewilligungsbescheid ist zu regeln, dass die Begünstigten beim Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie zu dem im Zuwendungsbescheid bestimmten Termin einen Nachweis über die Verwendung der Mittel, die sie im Vorjahr erhalten haben, entsprechend der Anlage 2 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung [ANBest-P]) zu erbringen haben.“
  - In Absatz 2 wird das Wort „Förderung“ durch das Wort „Zuwendung“ ersetzt.



## 22. Nummer 6.5 wird wie folgt geändert:

- a) Buchstabe a wird wie folgt geändert:
  - aa) In Satz 1 werden die Worte „Züchtervereinigung als Erstempfängerin“ durch die Worte „Zuchtorganisation als Erstbegünstigte“ ersetzt.
  - bb) In Satz 2 wird das Wort „Endempfänger“ durch das Wort „Endbegünstigte“ ersetzt.
  - cc) Satz 3 wird wie folgt neu gefasst: „Die Erstbegünstigten sind zur vollständigen Weitergabe der Zuwendungen in privatrechtlicher Form an die Endbegünstigten verpflichtet.“
  - dd) In Satz 4 wird das Wort „Züchtervereinigung“ jeweils durch das Wort „Zuchtorganisation“ ersetzt.
- b) Buchstabe b wird wie folgt neu gefasst:
 

„In den Zuwendungsbescheid ist aufzunehmen, dass im privatrechtlichen Vertrag zwischen Erst- und Endbegünstigten insbesondere zu regeln sind, dass:

  - aa) Den Erstbegünstigten ein Rücktrittsrecht und ein Anspruch auf Rückzahlung der gesamten bis dahin im Verpflichtungszeitraum ausgezahlten Zuwendung für den Fall eingeräumt wird, dass in einem Verpflichtungsjahr die Zahl der gehaltenen unter die Zahl der zu Beginn des Verpflichtungszeitraums bewilligten Tiere fällt, es sei denn, die Endbegünstigten haben dies nicht zu vertreten und eine Wiederaufstockung des Bestandes ist wegen der mangelnden Verfügbarkeit der förderfähigen Rasse nicht möglich oder zumutbar.
  - bb) Den Erstbegünstigten ein Rücktrittsrecht und ein Anspruch auf Rückzahlung der gesamten bis dahin im Verpflichtungszeitraum ausgezahlten Zuwendung für den Fall eingeräumt wird, dass während des Verpflichtungszeitraumes der ganze Betrieb, für den die Zuwendung gewährt wird, auf andere Personen übergeht, sofern die eingegangenen Verpflichtungen vom Übernehmenden nicht eingehalten werden. In den Verträgen mit den Endbegünstigten muss für diesen Fall vereinbart werden, dass die Rückzahlungsverpflichtung nicht entsteht, wenn die Endbegünstigten ihre Verpflichtungen bereits drei Jahre erfüllt haben, sie ihre Tierhaltung aufgeben und sich die Übernahme ihrer Verpflichtungen durch ihre Nachfolger als nicht durchführbar erweist oder die Tierhaltung infolge von Enteignung oder Zwangsversteigerung auf andere Personen übergeht.
  - cc) Der Erstbegünstigte den Endbegünstigten in Fällen höherer Gewalt einen Anspruch auf eine ergänzende Vereinbarung dahingehend gewährt, dass die vertraglich vereinbarten Pflichten der Endbegünstigten verringert werden oder entfallen. Unbeschadet besonderer Umstände des Einzelfalls ist höhere Gewalt insbesondere in folgenden Fällen anzunehmen:
    - Todesfall des Betriebsinhabers,
    - länger andauernde Berufsunfähigkeit des Betriebsinhabers,
    - Enteignung eines wesentlichen Teils des Betriebes, soweit sie am Tage der Unterzeichnung der Verpflichtung nicht vorhersehbar war,
    - schwere Naturkatastrophe, die die landwirtschaftlich genutzte Fläche des Betriebes erheblich in Mitleidenschaft zieht,
    - Vernichtung großer Teile des Tierbestandes aufgrund von Tierseuchen, soweit alle

zumutbaren Maßnahmen zur Verhinderung beziehungsweise Minimierung des Schadens veranlasst wurden,

- unfallbedingte Zerstörung der Stallanlagen des Betriebsinhabers.

Es ist außerdem vorzusehen, dass die Endbegünstigten in Fällen höherer Gewalt diese dem Erstbegünstigten schriftlich und mit entsprechenden Nachweisen innerhalb von zehn Werktagen nach dem Zeitpunkt anzuzeigen haben, ab dem die Endbegünstigten hiervon Kenntnis erlangt haben. Im Übrigen wird auf Nummer 12.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung verwiesen.“

## 23. Nummer 6.6 wird wie folgt geändert

- a) In Buchstabe a werden die Wörter „des Zuwendungsempfängers“ durch die Wörter „der Begünstigten“ ersetzt.
- b) In Buchstabe b, letzter Satz wird das Wort „vom“ durch die Wörter „von den“ ersetzt.

## 24. Es wird die Nummer 6.7 neu eingefügt:

## „6.7 Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Bewilligungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen sind.“

## 25. Nach Nummer 6 wird folgender Teil II neu eingefügt:

**„Teil II  
Förderung der Zucht von Rassekaninchen  
und Rassegeflügel**

**1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen****1.1 Zuwendungszweck**

Die Zucht von Rassekaninchen (alle vom Zentralverband Deutscher Rasse-Kaninchenzüchter e.V. anerkannten Rassen und Farbenschläge) und Rassegeflügel (alle vom Bund Deutscher Rassegeflügelzüchter e.V. anerkannten Rassen und Farbenschläge) besitzt im Freistaat Sachsen eine langjährige Tradition und dient der Bewahrung einer Vielzahl von Rassen und Farbenschlägen sowie dem Erhalt der genetischen Vielfalt als lebendiges Kulturgut. Die Ausrichtung von Schauen in der Rassekaninchen- und Rassegeflügelzucht dient dem Leistungsvergleich und dem Zuchtfortschritt und ist damit für die Zuchtarbeit grundlegend. Regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen fördern die Wissensvermittlung und Schulung. Die Verbandstätigkeit erfolgt ausschließlich im Ehrenamt. Zweck der Zuwendung ist es, das Fortbestehen der Rassekaninchen- und Rassegeflügelzucht und den Erhalt vom Aussterben bedrohter Rassen bei Kaninchen und Geflügel (Definition siehe Rote Liste unter <https://www.ble.de/SharedDocs/Downloads/DE/Landwirtschaft/Biologische-Vielfalt/RoteListe.html>) durch Unterstützung der Jugendarbeit, der Wissensvermittlung und des Ausstellungswesens zu sichern.

**1.2 Rechtsgrundlagen**

Der Freistaat Sachsen gewährt finanzielle Unterstützung nach Maßgabe dieser Richtlinie und unter

Berücksichtigung folgender Rechtsgrundlagen in der jeweils geltenden Fassung:

- a) der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, insbesondere §§ 23 und 44
- b) der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 352),
- c) des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) geändert worden ist in Verbindung mit dem Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 25 des Gesetzes vom 21. Juni 2019 (BGBl. I S. 846) geändert worden ist.

Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht. Über die Gewährung von Zuwendungen entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

## 2. Gegenstand der Förderung

- 2.1 Jugendarbeit  
Teilnahme an mehrtägigen Jugendlagern, die der Vermittlung von fachbezogenem Wissen dienen,

### 2.2 Ausstellungswesen

- a) Teilnahme an Landesschauen, Bezirksschauen, Clubschauen, Kreisschauen, Sonderschauen im Freistaat Sachsen,
- b) Teilnahme an Ausstellungen existenzgefährdeter Rassen auf Schauen außerhalb des Freistaates Sachsen,
- c) Bonus für die abgeschlossene Preisrichterausbildung.

### 2.3 Wissensvermittlung

- a) Fortbildungen,
- b) Beschaffung und Erstellung von digitalem und analogem Fortbildungs- und Informationsmaterial.

## 3. Begünstigte

Begünstigte der Förderung nach Teil II dieser Richtlinie sind der Landesverband Sächsischer Rassekaninchenzüchter e.V. und der Sächsische Rassegeflügelzüchterverband e.V.

## 4. Zuwendungsvoraussetzungen

- 4.1 Es sind vorrangig Maßnahmen nach Nummer 2.1 zu fördern.
- 4.2 Der Gefährdungsstatus von Kaninchen- und Geflügelrassen wird regelmäßig vom Fachbeirat Tiergenetische Ressourcen beurteilt und in der Roten Liste gefährdeter Nutztierassen in Deutschland veröffentlicht. Rassen, für die eine Förderung nach

Nummer 2.2 Buchstabe b gewährt wird, müssen in der Roten Liste (siehe <https://www.ble.de/Shared-Docs/Downloads/DE/Landwirtschaft/Biologische-Vielfalt/RoteListe.html>) geführt sein.

- 4.3 Die Zuwendung ist so zu verwenden, dass diese in vollem Umfang den Haltern von Rassegeflügel und Rassekaninchen oder im Falle der Nummer 2.2 Buchstabe c dem Preisrichter zu Gute kommt.

## 5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

- 5.1 Die Zuwendungen werden als Festbetragsfinanzierung oder bei der Maßnahme nach Nummer 2.3 Buchstabe b als Anteilfinanzierung im Rahmen der Projektförderung in Form von jährlichen Zuschüssen gewährt.

- 5.2 Die Zuwendung für Maßnahmen nach Nummer 2.1 beträgt bis zu 125 Euro je Teilnehmenden.

- 5.3 Die Zuwendung für Maßnahmen nach Nummer 2.2 Buchstabe a beträgt 2,89 Euro je ausgestelltem Tier.

- 5.4 Die Zuwendung für Maßnahmen nach Nummer 2.2 Buchstabe b beträgt 4,31 Euro je ausgestelltem Geflügel und 13,84 Euro je ausgestelltem Kaninchen.

- 5.5 Die Zuwendung für Maßnahmen nach Nummer 2.2 Buchstabe c beträgt 450 Euro je erfolgreich abgeschlossener Preisrichterausbildung.

- 5.6 Die Zuwendung für Maßnahmen nach Nummer 2.3 Buchstabe a beträgt 90 Euro je Fortbildungsmaßnahme im Bereich der Kaninchenzucht und 350 Euro je Fortbildungsmaßnahme im Bereich der Geflügelzucht.

- 5.7 Die Zuwendungen nach Nummer 2.3 Buchstabe b werden als Anteilfinanzierung mit einem Fördersatz in Höhe von 90 Prozent gewährt. Bemessungsgrundlage sind die mit der Durchführung der Maßnahme verbundenen Ausgaben, insbesondere der Erwerb, die Erstellung und die Herstellung von Informations- und Fortbildungsmaterial.

- 5.8 Maßnahmen nach Teil II können ohne eine Mindestzuwendungssumme gefördert werden.

## 6. Sonstige Verpflichtung

Eine Doppelförderung ist auszuschließen.

## 7. Verfahren

- 7.1 Antrags- und Bewilligungsbehörde ist das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie.

- 7.2 Antragsverfahren und Bewilligungsverfahren  
Die Antragstellung erfolgt in schriftlicher Form unter Verwendung der vorgegebenen Formulare, welche im Internet unter <https://www.lsnq.de/TZ> veröffentlicht sind. Anträge können grundsätzlich zweimal im Jahr bis spätestens 15. April und 15. September bei der Bewilligungsbehörde eingereicht werden; im Einzelfall sind Ausnahmen möglich.

- 7.3 Auszahlungsverfahren  
Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt auf schriftlichen Antrag an die Bewilligungsbehörde für die im

Zuwendungsbescheid genannten Maßnahmen gemäß den mit dem Zuwendungsbescheid festgelegten Bestimmungen und nach Vorlage und Prüfung des Verwendungsnachweises.

#### 7.4 Verwendungsnachweis

Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht sowie folgenden Nachweisen:

- Für Maßnahmen nach Nummer 2.1 und Nummer 2.3 Buchstabe a sind Teilnehmerlisten mit Unterschriften vorzulegen.
- Für Maßnahmen nach Nummer 2.2 Buchstabe a und b ist ein Nachweis über die Anzahl ausgestellter Tiere einzureichen. Die Ausstellungskataloge sind beizufügen. Bei Maßnahmen nach Nummer 2.2 Buchstabe b sind zudem die Rassen der ausgestellten Tiere aufzulisten.
- Für Maßnahmen nach Nummer 2.2 Buchstabe c sind die Kopien der Urkunden der abgeschlossenen Preisrichterbildungen einzureichen.
- Für Maßnahmen nach Nummer 2.3 Buchstabe b ist eine Belegliste vorzulegen.

7.5 Für das Jahr 2021 kann die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit dem Sächsischen Staatministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft Sonderregelungen zu Antragstellungsfristen festlegen.

#### 7.6 Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Bewilligungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen sind.“

26. Nummer 7 alt wird zu Teil III neu.

## II. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2021 in Kraft.

Dresden, den 20. Juli 2021

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft  
Wolfram Günther

## Landesdirektion Sachsen

### **Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der „Sächsische Semperoper Stiftung“**

**Gz.: 20-2245/674/1**

**Vom 19. Juli 2021**

Durch Anerkennung der Landesdirektion Sachsen vom 7. Juli 2021 ist die von

- a) der Ostsächsischen Sparkasse Dresden,
  - b) der Sparkassen-Versicherung Sachsen, Dresden,
  - c) Frau Jutta Hubbert, Sindelfingen,
  - d) der Landesbank Baden-Württemberg
- mit Stiftungsgeschäft und Satzung vom 9., 13. und 15. April 2021 errichtete „Sächsische Semperoper Stiftung“ als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Dresden entstanden. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke, nämlich die
- a) Förderung der Semperoper als Institution,
  - b) Förderung von jungen Künstlern an der Semperoper,

- c) Vergabe von Stipendien an Künstler,
- d) Zugänglichmachung von Aufführungen an der Semperoper für breite Bevölkerungsschichten
- e) Digitalisierung von Veranstaltungen der Semperoper
- f) Förderung des internationalen Ansehens der Semperoper insbesondere durch die Unterstützung von Tourneen aller drei Sparten des Hauses.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 19. Juli 2021

Landesdirektion Sachsen  
Koller  
Abteilungsleiter

### **Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der Stiftung „MONOM“**

**Gz.: 20-2245/681/1**

**Vom 22. Juli 2021**

Durch Anerkennung der Landesdirektion Sachsen vom 16. Juli 2021 ist die mit Stiftungsgeschäft vom 29. April 2021 errichtete Stiftung „MONOM“ als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts in Leipzig entstanden. Zweck der Stiftung ist die Förderung der Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe, Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Förderung von Kunst und Kultur, Förderung der Jugendhilfe, Förderung der internationalen Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens, Förderung

der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte und Flüchtlinge, Förderung der Hilfe für Menschen, die auf Grund ihrer geschlechtlichen Identität oder ihrer geschlechtlichen Orientierung diskriminiert werden.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion <http://www.sachsen.de> unter der Rubrik Inneres, Gesundheit und Soziales – Kommunalwesen eingesehen werden.

Leipzig, den 22. Juli 2021

Landesdirektion Sachsen  
Koller  
Abteilungsleiter

## **Andere Behörden und Körperschaften**

### **Bekanntmachung des Landratsamtes Zwickau über die Genehmigung der Dritten Änderung vom 20./22./25. Mai 2021 der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft „Waldenburg“ vom 20. Dezember 2000 Vom 14. Juli 2021**

Das Landratsamt Zwickau hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 11. Juni 2021, Az.: 1080/093.19/V06-01/20/Jun, die Dritte Änderung vom 20./22./25. Mai 2021 der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft Waldenburg vom 20. Dezember 2000 gemäß § 38 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über

kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) genehmigt.

Die genehmigte Gemeinschaftsvereinbarung wird nachstehend öffentlich bekannt gemacht.

Zwickau, den 14. Juli 2021

Landratsamt Zwickau  
Dr. Scheurer  
Landrat

## **Dritte Änderung vom 20./22./25. Mai 2021 der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft „Waldenburg“ vom 20. Dezember 2000**

Aufgrund von § 26 und 37 Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 1919 (SächsGVBl. S. 270) in Verbindung mit § 10 der Gemeinschaftsvereinbarung hat der Stadtrat der Stadt Waldenburg am 26. Januar 2021, der Gemeinderat der Gemeinde Remse am 15. Februar 2021 und der Gemeinderat der Gemeinde Oberwiera am 17. Februar 2021 folgende Dritte Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung über die Verwaltungsgemeinschaft „Waldenburg“ beschlossen:

### **Artikel 1 Änderungen**

§ 9 erhält folgende Neufassung:

1. Die erfüllende Gemeinde kann zur Deckung des ihr durch die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 2 Absatz 1 Buchstabe a und § 3 Absatz 1 entstehenden Finanzbedarfs von den beteiligten Gemeinden für den nicht durch anderweitige Erträge gedeckten Finanzbedarf eine Umlage erheben. Die Umlage ist nach dem Verhältnis der maßgebenden Einwohnerzahl der Mitgliedsgemeinden zu bemessen. Hierfür werden die Einwohnerzahlen nach der amtlichen Fortschreibung gemäß § 125 SächsGemO jeweils zum 30. Juni des Vorjahres herangezogen. Gemeindespezifische Aufgaben werden der jeweiligen Gemeinde zu 100 Prozent zugeordnet und nicht nach dem Einwohnermaßstab umgelegt.
2. Die Umlage nach Absatz 1 wird jeweils mit einem Zwölftel des festgesetzten Jahresbetrages bis zum 15. eines jeden Monats zur Zahlung fällig. Die erfüllende Gemeinde kann für rückständige Beträge nach erfolgter Mahnung Verzugszinsen von zwei v. H. über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) verlangen.
3. Die jährliche Erhebung der Umlage erfolgt auf der Grundlage des Haushaltsplanes/der Haushaltssatzung, speziell des Finanzhaushaltes der erfüllenden Gemeinde. Bis zur Rechtskraft des Haushaltsplanes/der Haushaltssatzung der erfüllenden Gemeinde ist diese

berechtigt, monatliche vorläufige Umlagen in Höhe der monatlichen Teilbeträge des Vorjahres zu erheben. Die umlagefähigen Kosten beinhalten Personal- und Sachkosten. Die umlagefähigen Personalkosten werden mit Hilfe der in der erfüllenden Gemeinde eingesetzten Software auf der Grundlage der prozentualen Aufteilung des Vorjahres und der aktuellen Personalkosten ermittelt. Die Umlageerhebung erfolgt mittels Festsetzungsbescheid durch die erfüllende Gemeinde.

4. Nach Erstellung des Jahresabschlusses werden die Kosten des Festsetzungsbescheides über die Umlage der Verwaltungsgemeinschaft den tatsächlich angefallenen Kosten der Finanzrechnung gegenübergestellt und Mehr- beziehungsweise Minderausgaben mittels Änderungsbescheid festgestellt und ausgeglichen. Nach- beziehungsweise Rückzahlungen erfolgen erst nach Beschluss der nächstfolgenden Haushaltssatzung der erfüllenden Gemeinde.
5. Der Kostensatz für die Wahrnehmung der von einzelnen beteiligten Gemeinden nach § 2 Absatz 3, § 2a sowie § 3 Absatz 2 dieser Gemeinschaftsvereinbarung übertragenen Aufgaben bleibt der besonderen Regelung in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag vorbehalten.
6. Soweit Aufgaben kraft Gesetzes oder kraft Übertragung auf die erfüllende Gemeinde übergehen (§ 2 dieser Gemeinschaftsvereinbarung), geht auch das Recht, Entgelte von den Benutzern einer Einrichtung zu erheben, auf die erfüllende Gemeinde über.
7. Den beteiligten Gemeinden steht das Recht zu, sich die abgerechneten umlagefähigen Kosten nachweisen zu lassen und dazu Einsicht in das Belegwesen zu erhalten.

### **Artikel 2 Inkrafttreten**

Die Dritte Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung tritt am Tag nach der Bekanntmachung der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde in Kraft.

Waldenburg, den 25. Mai 2021

Pohlers  
Bürgermeister

Remse, den 22. Mai 2021

Schuricht  
Bürgermeister

Oberwiera, den 20. Mai 2021

Quellmalz  
Bürgermeister

---

## Impressum

**Herausgeber:**

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

**Verlag:**

SV SAXONIA Verlag  
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Lingnerallee 3  
01069 Dresden  
Telefon: 0351 485260  
Telefax: 0351 4852661  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

**Druck:**

Stoba-Druck GmbH  
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

**Redaktionsschluss:**

29. Juli 2021

**Bezug:**

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 5,78 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden  
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 